

R 339 17**PI Boesch Reduktion der Vermögenssteuersätze**

Frau Präsidentin

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich will die sicherlich vorhandene Spannung bezüglich der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu dieser Parlamentarischen Initiative nicht ungebührlich hochhalten und nehme es vorweg: Wir werden diese PI nicht unterstützen, weder vorläufig, noch zu einem späteren Zeitpunkt definitiv. Wir werden sie aus zwei Gründen nicht unterstützen: Eine Senkung der Steuersätze bei der Vermögenssteuer ist erstens nicht nötig. Und sie ist zweitens zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht opportun.

Zum ersten Punkt: Die Initianten argumentieren, Sie haben es gelesen und gehört, mit dem Steuerbelastungsmonitor, der zeige, dass der Kanton Zürich bei der Vermögenssteuer insbesondere bei den hohen Vermögen nicht mehr konkurrenzfähig sei, womit die Standortfähigkeit gefährdet sei. Die vom Steuerbelastungsmonitor festgestellte Tatsache, dass der Kanton Zürich bei den Vermögenssteuern nicht zu den Tiefsteuernkantonen gehört, wollen wir nicht bestreiten. Die Schlussfolgerung, dass dies die Standortattraktivität des Kantons Zürich schmälert aber schon.

Schauen wir doch mal in die aktuellsten verfügbaren Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung zum Thema, in die Gesamtschweizerische Vermögensstatistik für das Jahr 2014. Gemäss dieser Statistik versteuern 8,6 Prozent aller Zürcherinnen

und Zürcher ein Vermögen von über einer Million Franken. In unseren Nachbarkantonen Schaffhausen, St. Gallen, Aargau und Thurgau sind es deutlich weniger. In unseren Nachbarkantonen Schwyz und Zug, das räume ich ein, sind es etwas mehr, wobei der Vorsprung dieser beiden Kantone mit jeweils drei Prozent mehr nun aber nicht besorgniserregend gross ist. Vor allem aber ist und bleibt interessant: Im Kanton Zürich wohnen mit 74'050 Vermögensmillionärinnen und -millionäre mehr Vermögensmillionärinnen und -millionäre als in all unseren Nachbarkantonen, inklusive Schwyz und Zug, zusammen.

Nun kann man einwerfen, dass der Kanton Zürich ja auch viel mehr Einwohnerinnen und Einwohner habe, als unsere Nachbarkantone. Das ist richtig. Aber wenn es tatsächlich so wäre, wie die bürgerlichen Parteien immer unterstellen, dass es für ihre wohlhabende, nur auf die Steuerrechnung schielende Klientel in der Steuerhölle Zürich fast nicht mehr auszuhalten sei, dann ist es doch erstaunlich, dass überhaupt noch ein einziger Millionär, geschweige denn fast 75'000 von ihnen in unserem Kanton wohnen.

Ganz offensichtlich hält diese Menschen etwas anderes in unserem Kanton, andere Faktoren, die für sie noch wichtiger sind, als der Betrag auf der Steuerrechnung, etwa die Lebensqualität, die Arbeitsplätze, unsere gute Infrastruktur, die hohe Bildungsqualität und bei einigen von ihnen vielleicht auch eine gewisse Heimatverbundenheit und die Bereitschaft, sich diese Heimat auch etwas kosten zu lassen.

Und gerade weil diese Faktoren derart zentral sind und letztlich halt auch finanziert werden müssen, ist es eben falsch bei der Beurteilung der Standortattraktivität primär auf die Steuerbelastung abzustellen. Gerade der Kanton Zürich mit seiner hervorragenden Positionierung bei vielen dieser Faktoren sollte und muss sich nicht auf die Steuerbelastung allein verlassen. Dieser letzte Satz stammt übrigens nicht etwas von mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, den können sie im von ihnen so hochgeschätzten Steuerbelastungsmonitor nachlesen – wenn Sie ihn denn auch mal zu Ende lesen und nicht bei den abgebildeten Statistiken und Tabellen stehen bleiben würden.

Zum Schluss noch ein kurzes Wort zum Zeitpunkt und damit zur Opportunität Ihres Ansinnens: Wenn wir schauen, was an Steuerentlastungswünschen aktuell pendent ist – Stichworte sind die Steuervorlage 17, die Initiative der Jungfreisinnigen zur Abschaffung des 13ers bei der Einkommenssteuer, die hängige PI Geistlich betreffend geringerer Besteuerung des Kapitalbezugs von Vorsorgeleistungen, die vom Regierungsrat vorgesehene Senkung des allgemeinen Steuerfusses – so kommen wir, wenn wir das alles durchrechnen schnell einmal auf Steuerausfälle in Milliardenhöhe, in Milliardenhöhe beim Kanton, in Milliardenhöhe bei den Gemeinden, in Milliardenhöhe Jahr für Jahr. Und jetzt wollen Sie in Ihrem Steuersenkungs-Furor hier bei der Vermögenssteuer auch noch einen draufsetzen.

Es braucht nun wirklich keine höheren mathematischen Fähigkeiten, um zu erkennen, dass diese Politik aller «Es-ist-eine-Investition-in-die-Zukunft-Rhetorik» nicht aufgehen kann, nicht

aufgehen wird. Das weiss übrigens auch die Stimmbevölkerung, wie die letzte grosse steuerpolitische Volksabstimmung gezeigt hat. Und ich fürchte, dies wird letztlich einmal mehr der Weg sein, sein müssen, um ihrem Furor Einhalt zu gebieten und sie auf den Pfad der steuerpolitischen Mässigung zurückzuführen.

Wie gesagt: Wir lehnen diese PI ab. Besten Dank!